

Zürich, 22. Juni 2026

KR-Nr. 245/2026

ANFRAGE von Susanne Brunner (SVP, Zürich) und Isabel Garcia (FDP, Zürich)

Betreffend Verstaatlichung von zivilgesellschaftlichem Engagement im Bereich
LGBTI?

Der Kantonsrat hat am 8. Juni 2026 mit 99 Ja und 74 Nein-Stimmen (0 Enthaltungen) das Postulat 377/2020 «Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation» abgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem Postulatsbericht hatte die Regierung sich bereit gezeigt, den Auftrag der kantonalen Fachstelle Gleichstellung von Frau und Mann um einen eigenen Fachbereich LGBTQIA+ zu erweitern, mit dem Argument, eine spezialisierte Institution dafür fehle. Zu diesem Zweck soll die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann um 180 Stellenprozente erhöht werden.

Seit Jahren engagieren sich Vereine wie Pink Cross, Lesbenorganisation Schweiz, Transgender Network Switzerland (TGNS), InterAction Suisse, Aromantisches und Asexuelles Spektrum Schweiz, Aids-Hilfe Schweiz, Dachverband Regenbogenfamilien, Network - Gay Leadership und WyberNet - Gay Professional Women in verschiedenen Lebensbereichen, welche LGBTI-Menschen betreffen.

Teilweise sind Aktivitäten dieser Organisationen auch staatlich mitfinanziert, zum Beispiel erhält TGNS jährlich 40'000 Franken von der Stadt Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass eine spezialisierte Institution fehle, wenn doch zahlreiche Vereine und Organisationen sich der Lebensrealitäten und Probleme von LGBTI-Menschen annehmen? Dies im Zusammenhang mit der Feststellung des Regierungsrates, dass LGBTI-Personen im Kanton Zürich rechtlich gleichgestellt sind (wie im Postulatsbericht 377/2020 ausgeführt).
2. Leistet der Kanton Zürich in die oben genannten Organisationen Staatsbeiträge? Wenn ja, bitten wir um eine Aufstellung der Zahlen der Beiträge in den Jahren 2020, 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025.
3. Wie beurteilt der Regierungsrat zivilgesellschaftliches oder ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung in Vereinen und Organisationen für das Funktionieren unseres Staates und für den Zusammenhalt der Gesellschaft?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass der Kanton zivilgesellschaftliches Engagement verstaatlichen will, indem die Fachstelle für Gleichstellung für einen neuen Aufgabenbereich LGBTI vergrössert wird und damit Aufgaben übernehmen will, welche zahlreiche Vereine und Organisationen heute bereits leisten?

Susanne Brunner
Isabel Garcia